

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 26. Juni 2023  
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

**A 936 Anfrage Zemp Gaudenz und Mit. über die Qualität der Studiengänge der Universität Luzern bezüglich des Berufseinstiegs / Bildungs- und Kulturdepartement**

Gaudenz Zemp ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Gaudenz Zemp: Die Antwort der Regierung ist umfassend und mit glaubwürdigen Zahlen unterlegt. So erhält man einen rationalen Zugang zu diesem Thema und kann die Emotionen etwas zurücknehmen. Das ist offensichtlich sehr wichtig, denn auf meine Anfrage hin hat es aus gewissen Kreisen Kritik gehagelt, die weit unter der Gürtellinie war. In einem Beitrag von «zentralplus» hat die Redaktion geschrieben, es handle sich um eine demagogische Anfrage, ich wolle die Studierenden der Universität Luzern «fertigmachen», ich manipulierte Zahlen und wolle die Bildung als Ganzes «durch den Dreck ziehen». Das sind happige Vorwürfe. Um aber bei den Fakten zu bleiben: 55 Prozent der Studentinnen und Studenten geben an, dass sie nicht gut auf den Einstieg in die Berufswelt vorbereitet sind. 29 Prozent der Befragten sagen, dass sie nach einem langen Studium einen Job haben, für den sie gar kein Hochschulstudium benötigen würden. Die FDP-Fraktion findet, dass man deshalb durchaus ein paar berechtigte und kritische Fragen stellen darf, insbesondere im Zeitalter des Fachkräftemangels. Der akademische Weg ist in der Regel vollzeitorganisiert, das heisst die Studierenden sind bis zum Alter von 26 Jahren grossmehrheitlich dem Arbeitsmarkt entzogen. Deshalb darf es nicht sein, dass man nach 26 Jahren Ausbildung nochmals zwei bis drei Jahre für Career-Start-Programme oder Trainee-Programme und Praktika aufwendet, um berufsbefähigt zu sein. Ein rascher und reibungsloser Einstieg in die Berufswelt ist nicht nur im Interesse der Wirtschaft, sondern auch der Studierenden selber. Die Studierenden wissen bei ihrem Studienwahlentscheid meistens ungenügend darüber Bescheid, was sie am Ende ihres Studiums erwartet. Es ist deshalb Sache der Universitäten, diese Schnittstelle im Interesse der Studierenden optimal zu organisieren. Wir sehen diesbezüglich etwas mehr Handlungsbedarf als die Regierung und sind der Überzeugung, dass es noch Luft nach oben hat. Manchmal haben wir auch den Eindruck, dass viele Politikerinnen und Politiker die Bildung als heilige Kuh sehen. Man sollte sie aber nicht als heilige Kuh sehen, sondern als Nutztier. Man sollte sie nicht verherrlichen, sondern immer wieder kritisch untersuchen und schauen, ob sie tatsächlich den richtigen Nutzen bringt. Das gilt auch für die Studiengänge der Geistes- und Sozialwissenschaften an der Universität Luzern. Die FDP-Fraktion bleibt deshalb an diesem Thema dran.

Urban Sager: Die Anfrage von Gaudenz Zemp ist auf seiner bekannten Linie. Es geht darum, dass man die Berufsausbildung gegen die Ausbildung an der Universität oder Hochschule ausspielt. Demagogie würde ich es nicht nennen, und «in den Dreck ziehen» würde ich auch nicht sagen, aber er suggeriert in allen Fragen, dass die Ausbildung an der

Universität nichts taugt, teuer ist und die Abgänger keinen Job finden oder sehr lange suchen müssen und falls sie dann einen haben, auch noch zu wenig arbeiten. Diesen Vorwurf muss sich Gaudenz Zemp mit seinen Fragen gefallen lassen. Dabei geht die Anfrage von falschen Annahmen aus, was für die Regierung respektive das Departement sehr schwierig ist. Die meisten Studierenden an den Universitäten wählen ein Studium der Naturwissenschaften und der technischen Wissenschaften, was im aktuellen Bildungsbericht überprüft werden kann. Gaudenz Zemp hinkt zehn Jahre der Zeit hinterher mit seiner Behauptung, es seien die Geisteswissenschaften. Auch bei den Kosten der Studienrichtungen vertut sich der Anfragende, sie betragen nur die Hälfte von dem, was er behauptet. Auch die Behauptung, dass Universitätsabsolventinnen am längsten ausgebildet wurden, ist falsch. Die Anfrage reisst zudem auch Resultate einer Befragung von Studienabgängerinnen aus dem Kontext und kürzt die Bezeichnungen der Tabellen in tendenziöser Art und Weise. Wir können also nichts anderes feststellen, als dass es eine sehr unseriöse Anfrage ist, auf deren Basis man eigentlich kaum eine Diskussion führen kann. Es ist löblich, dass sich das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) dennoch die Mühe macht, die Anfrage gewissenhaft zu beantworten, auch wenn man bei jeder einzelnen Frage immer wieder die falschen Behauptungen korrigieren muss. Das BKD hat das sehr zuverlässig getan. So zeigt es sich zum Beispiel, dass die Erwerbslosigkeit der Geistes- und Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler fünf Jahre nach Abschluss mit 2,4 Prozent tiefer ist als jene der Wirtschaftswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler mit 3 Prozent, was natürlich auch sehr tief ist. Bei den exakten Naturwissenschaften sind es 3,9 Prozent. Diese Unterstellungen sind also falsch. Auch rückt die Regierung die Unterstellung ins richtige Licht, die Geistes- und Sozialwissenschaften würden den Staat mehr kosten, als die Ausgebildeten mittels Steuern wieder zurückzahlen würden. Das ist eine viel zu monokausale Behauptung. Die Thematik als Ganzes ist viel komplexer und vor allem auch in Bezug auf den nichtmonetären Nutzen abzuklären. Wir danken der Regierung für die sachliche Beantwortung dieser tendenziösen Fragen und bitten den Anfragenden, künftig auf Fakten basierte Fragen zu stellen, damit wir im Rat auch eine entsprechende Diskussion führen können.

Bernhard Steiner: Der Fachkräftemangel stellt mittlerweile in allen Bereichen unseres Alltags ein Problem dar. Das ist unbestritten. Die Anfrage von Gaudenz Zemp suggeriert, dass die Abschlüsse in den sozialwissenschaftlichen Fakultäten dazu führen würden, dass die Fachkräfte mit einer gymnasialen Maturität in anderen Berufs- und Studienrichtungen verloren gehen würden. Zudem unterstützen die statistischen Zahlen, dass die Abschlüsse in diesen Studienrichtungen in der Wirtschaft weniger gefragt seien. Die Anfrage und die Antwort der Regierung hätten zweifellos eine gute Datengrundlage für die Diskussion um die Erweiterung der Luzerner Hochschulen geliefert. Im Jahr 1930 prophezeite der britische Ökonom John Maynard Keynes, dass heute infolge des technischen Fortschritts niemand mehr als 15 Stunden arbeiten müsste. Die aktuelle Situation sieht aber deutlich anders aus, Arbeits- und Fachkräfte fehlen, und für Freizeit und Kreativität bleibt immer weniger Zeit, obwohl die Wirtschaft so produktiv ist wie nie zuvor. Wie ist das zu erklären? In einer kürzlich erschienenen Studie wurde festgestellt, dass in den vergangenen 100 Jahren die Prozentzahl derer, die arbeiten und etwas produzieren, drastisch gesunken ist. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitskräfte in den Bereichen Verwaltung, Behörden, Dienstleistungen und Gewerbe verdreifacht und macht rund 75 Prozent aller Arbeitsfähigen aus. Es ist unbestritten so, dass Studienabgängerinnen und -abgänger der sozialwissenschaftlichen Richtung meist Stellenangebote in öffentlichen Institutionen wahrnehmen. Wenn wir den Fachkräftemangel wirklich bekämpfen wollen, ist unser Rat gut beraten, dafür zu sorgen, in der kantonalen Verwaltung und unseren Institutionen keine zusätzlichen Arbeitsstellen zu schaffen, die weder

sinnvoll noch notwendig sind.

Gerda Jung: Die Antwort der Regierung ist umfangreich und fundiert. Die Regierung zeigt klar auf, welche Zahlen vorhanden sind und welche Entwicklungen geleistet wurden. Sie zeigt auch auf, dass sie und auch die Universität sich fundiert mit dem Zahlenmaterial auseinandergesetzt haben. Aus Sicht der der Mitte-Fraktion besteht kein Handlungsbedarf.

Rahel Estermann: Beim Lesen der Antworten hatte ich ein Déjà-vu. In der November-Session 2022 haben wir die Anfrage A 799 des gleichen Vorstössers behandelt. Wie schon damals ist mit der Antwort des Regierungsrates auch heute praktisch alles gesagt. Auch heute ist den Ausführungen der Regierung wenig hinzuzufügen. Vermutlich steckt also nicht so viel hinter dem Thema, wie es der Vorstösser vermuten lässt. Es sind sehr suggestive Fragen, die durch die breite Beantwortung sachlich entschärft wurden. Es ist aber doch sehr irritierend, dass die Zahlen und Statistiken in der Anfrage dermassen verdreht und auf das eigene Narrativ zurechtgebogen werden. Deshalb sollte man nicht gleich von Demagogie sprechen, aber vielleicht von einem schlechten Stil. Wir danken daher der Regierung für die Kontextualisierung und die Einordnung. Inhaltlich ist diese Anfrage der Anfrage A 799 nicht unähnlich. Einmal mehr muss erklärt werden, dass die Erhebungen zum Beschäftigungsgrad ein Jahr nach Studienabschluss nicht wirklich geeignet sind, um zu zeigen, ob ein Studium zielführend ist oder nicht. Besonders bei jenen Studiengängen, die nicht zu einem konkreten Beruf führen, dauert das etwas mehr als ein Jahr. Zudem ist es Rosinenpickerei, nur von den geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen auszugehen und alle anderen wegzulassen. Das Gesamtbild in der Antwort zeigt, dass die Differenzen nämlich gar nicht so gross sind. Ich habe selber auch ein Studium absolviert, mit dem man keinen eigentlichen Beruf hat, nicht wie wenn man Rechtswissenschaften studiert und es in Richtung Rechtsanwältin oder Juristin geht. Wenn man etwas studiert, ohne dass ein klarer Beruf daraus resultiert, ist der Sprung in den Arbeitsmarkt kein Zuckerschlecken. Man fängt nicht einfach mit einem Traumjob an, da es nicht an Konkurrenz mit Berufserfahrung und gleich guter Ausbildung mangelt. Das liegt aber am Arbeitsmarkt und sicher nicht am Studium. Der ehemalige Kantonsrat Jonas Heeb hat in seinem Votum zur Anfrage A 799 erklärt, dass wir über unsere vielfältigen Bildungslandschaften mit ihren zahlreichen Möglichkeiten froh sein sollten. Zudem wäre es besser, dafür zu sorgen, dass alle Menschen einen chancengerechten Zugang zu diesem Bildungswesen, den verschiedenen Hochschulen und den verschiedenen Studiengängen erhalten, anstatt die verschiedenen Formen und Bereiche mit fadenscheinigen Gründen gegeneinander auszuspielen.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Es gibt Vorstösse, die für die Regierung einfacher zu beantworten sind als andere, aber die kommen auch von überall her. Ich will mich auch nicht an der Diskussion beteiligen, woher genau die Zahlen stammen. Es gibt verschiedene Zahlenbasen, und die kann man verwenden. Die Grundfrage, was man nach einem Hochschulstudium oder einer Berufslehre macht, finde ich schon korrekt, und es lohnt sich, darüber nachzudenken. Bei einem Studium wird man nicht für einen bestimmten Beruf ausgebildet, und man muss den Berufseinstieg finden. Ich persönlich habe in St. Gallen Betriebswirtschaft und Organisation studiert und habe anschliessend bei einem Gewerbetreuhandbüro gearbeitet. Ich musste mich dort auch einarbeiten und Buchungssätze lernen, aber das ist normal, und es ist mir ja gelungen. Mein Weg war auch nicht gradlinig. Das gehört auch zu einer Hochschulausbildung. Bei den Naturwissenschaften mag das etwas präziser sein, aber es gibt viele Studienrichtungen, bei denen der Beruf noch nicht klar ist und sich entwickelt. Das ist auch bei Handwerksberufen so. Wer einmal die Autofahrprüfung gemacht hat, dachte am ersten Tag nach der Prüfung, er könne schon alles. Das ist aber weit gefehlt. Die Grundfrage

des Vorstosses finde ich also korrekt. Wir diskutieren in diesem Saal so oft über die Maturitätsquote und in der Folge über die Universitätsquote, wenn ich das so nennen darf. Das BKD und die Regierung nehmen sich des Themas an und machen sich Gedanken dazu. Das gehört übrigens auch zu meinen Aufgaben als Präsident der Universität.